Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 11

Artikel: Katholizismus und Demokratie in Amerika
Autor: H.K.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336236

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Streikbrecher, Hilfs- und Schutztruppen, die von der Bankiergemeinschaft natürlich auch in Rechnung gezogen werden, müßte sich als illusorisch erweisen. Jedenfalls aber verdient die neue Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft alle Beachtung; sie strebt ihrem letzten möglichen Höhepunkt entgegen. *H. V.*

Katholizismus und Demokratie in Amerika

Am Schweizerischen Katholikentag, der anfangs September in Luzern stattgefunden hat, rief Papst Pius XII. in seiner Radioansprache den versammelten Gläubigen zu: «Wo ihr vor hundert Jahren überhaupt nicht in Erscheinung tratet, seid ihr heute in großer Zahl und unter guter Führung zur Stelle, und das gerade in den Hochburgen der Wirtschaft und Kultur eures Vaterlandes. *Macht euch geltend!*» Der Papst brauchte die schweizerischen Katholiken vielleicht nicht noch besonders aufzufordern, ihren Einfluß und ihre Ansprüche geltend zu machen; das geschieht ohnehin und in höchst planmäßiger Art. Aber seine Feststellung, daß die Stellung der Katholiken in der Schweiz heute eine ganz andere, viel mächtigere und besser ausgebaute ist als früher, ist deswegen nicht weniger berechtigt. Und sie gilt ja auch nicht allein für die Schweiz, sondern für die ganze Welt, in welcher der Einfluß der römischen Kirche noch nie so stark war wie gerade jetzt, einerlei, ob es sich um schon längst katholische oder um mehrheitlich reformierte Länder handelt. Ein auffallendes Beispiel dafür sind die *Vereinigten Staaten von Amerika.* Die 26 Millionen amerikanischen Katholiken sind die größte, bestorganisierte und lautstärkste Minderheit in den Vereinigten Staaten. Noch zu Anfang des Jahrhunderts ein bloßer missionarischer Außenposten der Romkirche, ist der nordamerikanische Katholizismus inzwischen zu solcher Bedeutung und Macht herangewachsen, daß er heute mehr Geld nach Rom abliefert als sämtliche andern nationalen Zweige der katholischen Kirche. Die Zeitungen berichten über seine Tätigkeitsformen ausführlich und mit betonter Sympathie. Kein Radioprogramm wagt dem organisierten Protest des katholischen Amerika zu trotzen. Nur wenige Verleger oder Filmproduzenten können es sich leisten, etwas herauszubringen, das den Anstoß der katholischen Hierarchie erregen könnte; der Boykott würde sofort einsetzen — und in höchst wirksamer Art.

Das gleiche gilt von der Presse; erst vor wenigen Monaten hat man es erlebt, daß ein regelmäßiger Mitarbeiter der «New York Herald-Tribune», Pariser Ausgabe, Knall und Fall entlassen wurde, weil er – wie er meinte durchaus vorsichtig und sachlich – den Streik der Totengräber auf einem katholischen Friedhof in Neuyork erwähnt hatte, der von Kardinal Spellman gebrochen worden war. Ein Brieflein des Kirchenfürsten an die Besitzerin der Zeitung hatte genügt, den Mann um seine Stelle zu bringen. Erst recht macht sich der Einfluß der katholischen Kirche auf Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtswesen bemerkbar. Der organisierte Katholizismus ist weitaus die stärkste «Druckgruppe» in den Vereinigten Staaten. Jedes Mitglied der lokalen einzelstaatlichen Volksvertretungen, wie namentlich des Bundesparlaments, nimmt sorgfältig Rücksicht auf die Stimmung seiner katholischen Wähler, die über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus die Haltung «ihres» Abgeordneten systematisch beeinflussen. Und gar wenn es sich um politische Angelegenheiten handelt, welche die römische Kirche unmittelbar interessieren, so wird es je länger desto schwieriger, Beschlüsse zu fassen oder Maßnahmen zu treffen, die den Wünschen der katholischen Führerschaft zuwiderlaufen. Auch in der Arbeiterbewegung ist der Einfluß des Katholizismus sichtlich im

Steigen begriffen, obwohl oder vielleicht gerade weil es in den Vereinigten Staaten keine konfessionellen Gewerkschaften gibt. Die planmäßige Durchdringung der Gewerkschaften von katholischer Seite her ist viel wirksamer als die Schaffung und Unterhaltung katholischer Sonderorganisationen; der Präsident des «Congreß of Industrial Organizations» (CIO) zum Beispiel, also der einen der beiden Spitzenorganisationen der amerikanischen Gewerkschaften, Philip Murray, der zugleich Präsident des mächtigen Stahlarbeiterverbandes ist, ist praktizierender Katholik, und im «Verband Katholischer Gewerkschafter» besitzt die Katholische Aktion eine Spezialdruckgruppe, die innerhalb der Gewerkschaften um so erfolgreicher und unfaßbarer arbeitet, je weniger sie den Ehrgeiz besitzt, mit der Zeit selber eine Gewerkschaft zu werden.

*

Daß hier für die amerikanische Demokratie ein ernstes Problem vorliegt, wird zwar von katholischer Seite geleugnet oder doch ignoriert, versteht sich aber für den unbefangenen Beobachter eigentlich von selbst. Mit vollem Recht fragt Paul *Blanshard* in seinem Buch «Amerikanische Freiheit und katholische Macht» (Beacon Preß, Boston), ob die amerikanischen Katholiken «ihre Überzeugungen als amerikanische Demokraten mit der Weltanschauung ihrer Priester, ihrer geistlichen Führerschaft und ihres Papstes vereinbaren (können) ..., sind sie doch durch das Wesen der autoritären Struktur ihrer Kirche selbst gezwungen, in nicht-religiösen wie in religiösen Dingen eine Linie anzunehmen, die ihnen vom Ausland her aufgezwungen wird». Blanshards eigener «Fall» mahnt in dieser Hinsicht zum Aufsehen. Sein Buch ist aus einer Artikelserie herausgewachsen, die zuerst in der liberalen Neuyorker «Nation» erschienen ist und zur Folge hatte, daß auf Betreiben der katholischen Kirche die «Nation» aus allen Lesezimmern der öffentlichen Schulanstalten der Staaten Neuyork und New Jersey verbannt wurde. Das Buch selbst ist bisher von der amerikanischen Presse so gut wie totgeschwiegen worden; außerhalb Neuyorks selber wagten es bisher nur vier von den Tausenden amerikanischer Zeitungen, das Buch zu besprechen, und auch diese nur sehr vorsichtig. Inserate dafür in der großen Presse unterzubringen scheint sich als ebenso schwierig erwiesen zu haben.

*

Wenn für die amerikanischen Katholiken und ihre Kirche ein Konflikt zwischen religiösen und staatlichen Pflichten, wie gesagt, überhaupt nicht existiert, weil für sie die Treue gegenüber den Kirchengeboten allen anderen Treueverhältnissen unbedingt vorgeht, so heißt das noch lange nicht, daß die Nichtkatholiken diese Haltung anerkennen oder gar teilen müßten. Im Gegenteil, das Problem wird durch diese Sachlage erst recht kompliziert und heikel. Zwei Umstände tragen dazu, wie Norman MacKenzie im «New Statesman» betont, in besonderer Weise bei. «Einmal ist die katholische Kirche keine demokratische Einrichtung. Ihr Aufbau spiegelt ihre Lehre wider, in der die Autorität vom Papst aus abwärts durch die Hierarchie hindurchgeht, ohne daß die Laienmitglieder der Kirche etwas dazu zu sagen hätten. Sodann steht die beim Papst liegende höchste Autorität außerhalb der amerikanischen Gesellschaft, und der Apostolische Delegierte in Washington, der immer ein Italiener ist, steht über der amerikanischen Hierarchie. Und wenn die amerikanische Kirche ihre Mitglieder auch in Alltagsangelegenheiten leiten darf, so muß sie dergestalt doch in grundlegenden Fragen Entscheidungen annehmen, die anderswo getroffen werden... Diese Entscheidungen berühren aber den Katholiken als Bürger; nach dem kanonischen Recht muß er die sozialen Richtlinien der Kirche unterstützen, sind sie doch, wie das im Wesen seines Glaubensbekenntnisses liegt, wichtige Werkzeuge für die Sicherheit seiner Kirche und sein eigenes geistliches Wohl... Kurz, die Probleme, die sich für die amerikanische Demokratie durch die Haltung ihrer katholischen Minderheit stellen, sind für die Mehrheit überhaupt keine religiösen Probleme, auch wenn das katholische Sozial-

programm im Namen der Religion auftritt. Dieses Programm zu kritisieren heißt nicht, eine Minderheit zurücksetzen; es heißt, die Minderheit hindern, durch andauernde Verwirrung der wirklichen Fragen die Gesellschaft zu beherrschen.»

*

Der Konflikt zwischen Staat und katholischer Kirche in praktisch-politischen Angelegenheiten erstreckt sich nicht nur auf Fragen religiös-sittlichen Charakters im engeren Sinne wie Empfängnisverhütung — im Staate Massachusetts zum Beispiel ist unter katholischem Druck ärztliche Beratung in diesen Dingen gesetzlich verboten worden — oder die Durchführung von Sterilisierungsgesetzen, die den katholischen Richtern in den 27 amerikanischen Staaten, wo solche Gesetze bestehen, kirchlich untersagt ist. Der Konflikt spitzt sich neuerdings vielmehr immer deutlicher auf die *Schulfrage* hin zu, genauer auf die Frage der Subventionierung katholischer Schulen aus öffentlichen Mitteln. Vom katholischen Standpunkt aus ist das begreiflich, besonders in Amerika, wo die katholischen Schulen aus Mangel an Mitteln in der Mehrzahl schlecht geführt sind. Oft schauderhaft überfüllt und unter ungesunden Bedingungen arbeitend, werden die katholischen Schulen in den Vereinigten Staaten zu 90 Prozent von Nonnen geleitet, die nicht nur ungenügend bezahlt sind und ihr Salär zudem noch ihren Orden abliefern müssen, sondern vielfach auch nicht die erforderliche gute Ausbildung für den Lehrberuf besitzen. Man ist deshalb kaum überrascht zu vernehmen, daß die Durchschnittsausgaben für die Unterrichtung der drei Millionen katholischer Schulkinder, die es in Amerika gibt, noch *unter* den Schulausgaben armer, rückständiger Staaten, wie Alabama oder Mississippi, liegen, ja wahrscheinlich nicht einmal so hoch sind wie diejenigen der notorisch miserabel dotierten Negerschulen. Kein Wunder, daß die katholische Kirche die größten Anstrengungen macht, um Staats- und Bundesgelder für ihre konfessionellen Schulen flüssig zu machen. Wer sich dem widersetzt, wird aufs gehässigste angegriffen, wie es zum Beispiel Frau Eleanor Roosevelt passierte, die sich erlaubt hatte, darauf hinzuweisen, daß es amerikanischer Tradition entspreche, öffentliche Gelder nur für den Unterhalt öffentlicher, nicht aber auch privater Schulen zu verwenden, und dafür von Kardinal Spellman (wieder Spellman!) in einem langen, der Öffentlichkeit übergebenen Brief vom 23. Juli dieses Jahres des Fanatismus und der Katholikenfeindschaft bezichtigt wurde. Dabei entspricht diese Übung nicht nur einer langen amerikanischen Tradition, sondern auch einer ausdrücklichen Bestimmung der Bundesverfassung, die alle staatliche Unterstützung von Religionseinrichtungen und religiösen Körperschaften verbietet, und außerdem der Verfassung von 45 der 48 Einzelstaaten, die übereinstimmend jede Unterstützung von Privatschulen aus öffentlichen Mitteln untersagen.

Die Katholische Kirche fühlt sich noch zu schwach, um gegen diese Verfassungsbestimmungen oder die darauf begründete Praxis offen Sturm zu laufen und sucht deshalb nur öffentliche Gelder für Hilfsdienste ihrer konfessionellen Schulen (zum Beispiel Autobuslinien, die katholische Schulen bedienen) erhältlich zu machen. Aber es ist kein Zweifel, daß der direkte Angriff auf den Grundsatz der Nichtunterstützung religiöser Körperschaften und insbesondere konfessioneller Schulen früher oder später in aller Form eingeleitet werden wird. Und wo die katholische Kirche dazu die Macht hat, bringt sie schon heute die *öffentlichen* Schulen in ihre Hand, läßt mehrheitlich katholische Schulbehörden wählen und — unter äußerlicher Beachtung der gesetzlichen Vorschriften natürlich — mit Hilfe einer mehrheitlich katholischen Lehrerschaft das ganze Schulwesen der betreffenden Gemeinden konfessionalisieren.

Man wird mit Aufmerksamkeit diese ganze Entwicklung auch bei uns verfolgen müssen. Denn sie ist typisch für die Art und Weise, wie die Romkirche politische Macht sucht und Staat und Gesellschaft von innen her zu durchdringen und zu beherrschen strebt. Die Demokratien sind gewarnt! *H. K.*